

Quelle:	Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.02.2025, S. 17 (Tageszeitung / täglich außer Sonntag, Frankfurt am Main)		
Auflage:	181.932	Reichweite:	811.075
		Autor:	hmk./wvp./pwe.
		Quellrubrik:	Wirtschaft

# Trump greift die Mehrwertsteuer in der EU an

Amerika kündigt Gegenzölle an / Von der Leyen hält Einigung im Handelsstreit für möglich

hmk./wvp./pwe. BRÜSSEL/FRANKFURT/WASHINGTON. Die Europäische Union hält im Zollstreit mit dem Vereinigten Staaten eine Einigung für möglich. Man sei bereit, für beide Seiten vorteilhafte Lösungen zu finden, sagte Ursula von der Leyen, die Präsidentin der Europäischen Kommission, am Rande der Sicherheitskonferenz in München. Der amerikanische Präsident Donald Trump hatte am Vorabend Gegenzölle gegen Länder angekündigt, die ihrerseits mit Zöllen, regulatorischen Auflagen, Subventionen oder anderen Maßnahmen die Einfuhr amerikanischer Güter unfair behinderten. Peter Navarro, ein Handelsberater von Trump, nannte die Mehrwertsteuer in der Europäischen Union ein Paradebeispiel für ein unfares Handelshemmnis.

„Wenn Sie uns einen Zoll oder eine Steuer auferlegen, werden wir Ihnen genau die gleiche Höhe des Zolls oder der Steuer auferlegen, so einfach ist das“, sagte Trump. Er wies die Ministerien an, entsprechende Gegenzölle und Berichte auszuarbeiten, dabei gilt teils eine Frist von 180 Tagen. Es ist möglich, dass Trump zuvor mit einzelnen Staaten separate Vereinbarungen aushandelt. Der Präsident sei willens, amerikanische Zölle zu senken, wenn andere Länder dies auch täten, verlautete aus dem Weißen Haus. Zölle seien häufig jedoch weniger ein Handelshemmnis als andere Barrieren wie Steuern oder Subventionen.

Ein Sprecher der EU-Kommission bestätigte Kontakte auf politischer Ebene, ohne sich über Inhalte zu äußern. Andere Länder wie Japan suchen das Gespräch mit der Trump-Regierung über die angeordneten Gegenzölle. Die EU-Kommission bezeichnete die Ankündigung als

„Schritt in die falsche Richtung“. Die EU werde in aller Härte und unmittelbar auf ungerechtfertigte Handelshürden reagieren, hieß es. Das gelte auch für Zölle, die erhoben würden, um nicht-diskriminierende Regeln anzugreifen.

Mit den reziproken Zöllen will Trump die amerikanischen Defizite im Warenhandel Land für Land verringern. Der Fokus richtet sich auf Länder wie Japan, Indien, Brasilien oder die EU. China hat den größten Handelsbilanzüberschuss mit Amerika, gefolgt von der EU. Auch Länder wie Vietnam, Irland, Deutschland oder Taiwan führen weit mehr Waren Richtung Amerika aus, als sie in Gegenrichtung empfangen (siehe Grafik). Trump führt die Handelsdefizite auf Han-

delsbarrieren zurück. In einer Mitteilung erwähnt das Weiße Haus beispielhaft, dass die EU die Ausfuhr von Schalentieren aus 48 Bundesstaaten der USA untersage, während Amerika die Einfuhr europäischer Krustentiere unbegrenzt ermögliche. Amerika erhebe auf Agrargüter im Schnitt fünf Prozent Zoll, während Indien in Gegenrichtung 39 Prozent verlange. Brasilien belaste amerikanisches Ethanol mit 18 Prozent Zoll, während die USA nur 2,5 Prozent nähmen.

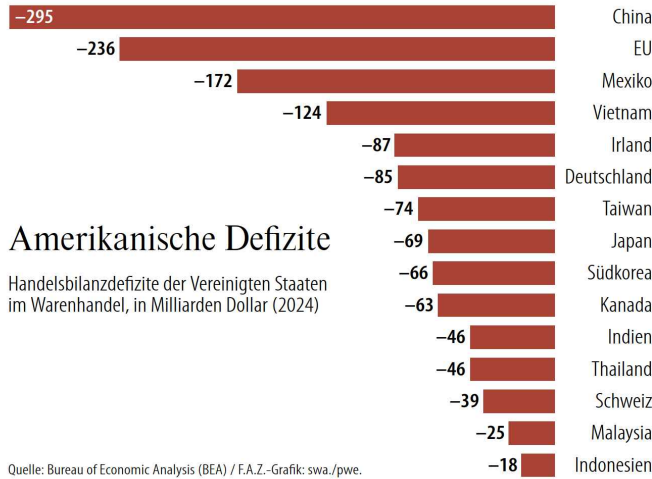
Die EU betont, dass sie zu den Handelspartnern gehöre, die die niedrigsten Zölle erhebe. Für besondere Irritation sorgt in Europa die Ankündigung Trumps, dass auch die Mehrwertsteuern in den EU-Staaten Handelshemmnisse

seien. Ein amerikanischer Gegenzoll würde im Fall Deutschlands rechnerisch 19 Prozent betragen.

„Diese Idee entbehrt jeder ökonomischen Logik“, sagte der Ökonom Andreas Freytag von der Universität Jena. Die Mehrwertsteuer werde in den EU-Staaten von inländischen und von ausländischen Unternehmen erhoben und stelle keine Verzerrung zulasten der Amerikaner dar. Üblicherweise werden im internationalen Handel unterschiedliche Mehrwertsteuersätze an der Grenze ausgeglichen. Exporteure bekommen die gezahlte Mehrwertsteuer zurückerstattet, und die Ware wird im Bestimmungsland mit der dortigen Mehrwertsteuer oder Verbrauchsteuer belastet. Umgekehrt wird in den EU-Staaten auf die Einfuhr von Waren als Äquivalent zur Mehrwertsteuer die Einfuhrumsatzsteuer erhoben.

Die Vereinigten Staaten kennen keine Mehrwertsteuer, aber eine Vielzahl von Umsatz- oder Verkaufsteuern (sales tax), die von Bundesstaaten oder Kommunen erhoben werden. Eingeführte Waren werden am Bestimmungsort im Prinzip mit der dortigen Steuer belastet. Im Endeffekt sind in der EU und in Amerika die selbst produzierten und die eingeführten Waren einheitlich belastet.

Trump sieht in den Zollandrohungen auch einen Hebel, Alliierte zum Kauf von Militärgerät zu zwingen. Mehrere hohe Regierungsvertreter der USA hätten ihre europäischen Gegenparts dazu gedrängt, berichtet die Nachrichtenagentur Bloomberg. Der indische Regierungschef Narendra Modi hatte beim Staatsbesuch in Washington gerade zugesagt, mehr Flüssiggas, Waffen und zivile Kernkraft zu kaufen. Trump sagte, man erwäge, Indien F-35-Kampffjets zur Verfügung zu stellen.



## Amerikanische Defizite

Handelsbilanzdefizite der Vereinigten Staaten im Warenhandel, in Milliarden Dollar (2024)

Quelle: Bureau of Economic Analysis (BEA) / F.A.Z.-Grafik: swa./pwe.